

KÖLNER FORUM
FÜR
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
UND
SICHERHEITSPOLITIK



KFIBS-Analyse

Integration oder Isolation?

Überlegungen zum Umgang mit Hamas

Von Jan Künzl

jan.kuenzl@kfibs.org

Ausgabe

2/08

Kontakt **KFIBS e. V.**: Balthasar-Neumann-Platz 24G, D-50321 Brühl (Rheinland),
E-Mail: info@kfibs.org, URL: www.kfibs.org

* * *

I. Einleitende Bemerkungen

Die palästinensische Hamas¹ ist seit ihrer Gründung im Jahr 1987 ein bedeutender Akteur im innerpalästinensischen Machtgefüge sowie im israelisch-palästinensischen Konflikt. Gerade wegen ihrer Rolle als maßgeblicher Gewaltakteur auf palästinensischer Seite ist die Analyse der Organisation und die daraus folgende Strategie ihr gegenüber für jeden ernst gemeinten Konfliktmanagementansatz besonders wichtig. Die Politik des Westens (und erst recht diejenige Israels) gegenüber Hamas ist seit ihrer Gründung durchweg eine Politik der Isolation gewesen, basierend auf ihrer Einstufung als „Terrororganisation“. Diese Weigerung, Hamas als Verhandlungspartner auch nur annähernd in Erwägung zu ziehen, trägt nicht unwesentlich zur Stagnation des Nahost-Friedensprozesses bei.

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie eine konstruktive Politik gegenüber Hamas aussehen könnte. Die Grundlage hierfür bildet die Analyse von Hamas und der Veränderungen, die sie seit ihrer Gründung Ende der 1980er-Jahre durchlaufen hat. Als theoretisches Konzept wird hierfür die so genannte „Spoiler“-Analyse des Politikwissenschaftlers Stephen J. Stedman zur Anwendung gelangen. Daraus wird anschließend eine Prognose über ihr Potenzial zu einer weiteren Transformation hin zu einem möglichen Verhandlungspartner entwickelt. Die Analyse zeigt, dass dieses Potenzial durchaus vorhanden ist. Dieser Erkenntnis muss in dem regionalen Konfliktmanagement Rechnung getragen werden. In der derzeitigen Konstellation ist ein nachhaltiger Friedensprozess mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung, in der die legitimen Sicherheitsbedürfnisse von Israelis und Palästinensern gleichermaßen befriedigt werden, nicht unter Ausschluss der Hamas möglich.

¹ „Hamas“ ist ein Akronym für *harakat al-muqawama al-islamiyya* (etwa: „Islamische Widerstandsbewegung“) und bedeutet gleichzeitig „Eifer“ im Arabischen.

II. Entwicklungslinien: Von der Hamas-Gründung 1987 bis zu den palästinensischen Parlamentswahlen 2006

Der erste Teil dieser Analyse befasst sich mit dem Zeitraum zwischen der offiziellen Gründung von Hamas im Jahre 1987 und den Parlamentswahlen am 25. Januar 2006. Diese Phase ist vor allem durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: Zum einen durch die Profilierung der Hamas als neuer Gewaltakteur im israelisch-palästinensischen Konflikt; zum anderen durch die Bestrebungen größerer Teile der Hamas, im institutionellen Rahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde am politischen Wettbewerb zu partizipieren.

Der gewaltsame Kampf der Hamas hat zentrale Bedeutung für den israelisch-palästinensischen Konflikt, da er in einem Moment einsetzte, als die nationalistischen, säkularen Kräfte der Fatah begannen, zu Mäßigung und Verhandlungen bereit zu sein. Dies ist keineswegs ein Zufall: Die Hamas übernimmt die Repräsentanz derjenigen Bevölkerungsteile, die keine Chance auf eine friedliche Einigung sehen und bilden die Speerspitze des bewaffneten Kampfes. Hamas kommt in diesem Kontext unbestreitbar eine Teilschuld am Scheitern des so genannten Oslo-Prozesses zu.

Das Verhalten von Hamas wird in der vorliegenden Analyse mithilfe des von Stephen J. Stedman konzipierten „Spoiler“-Konzeptes untersucht. Dieses Konzept arbeitet mit Idealtypen; es kann also demzufolge nicht der Anspruch erhoben werden, eine sehr komplexe und heterogene Organisation wie die Hamas in allen ihren Facetten wirklichkeitsgetreu abzubilden.² Nichtsdestoweniger kann die Anwendung dieses theoretischen Konzeptes auf die Hamas einige Erklärungskraft entfalten – das gilt insbesondere für den Oslo-Prozess und dessen Scheitern.

² Die Führungsschicht von Hamas ist stark ausgedünnt worden, insbesondere im Zuge der *Operation Defense Shield* der israelischen Armee im Westjordanland im Jahr 2002 und durch gezielte Tötungen der palästinensischen Führungspersonlichkeiten Scheich Yassin und Rantisi 2004 im Gaza-Streifen. In Anbetracht dieser schwierigen Situation, der territorialen Zersplitterung zwischen Gaza-Streifen, Westjordanland und Diaspora, sowie der Heterogenität der Organisation, die sich aus einem politischen, einem militärischen und einem sozialkaritativen Flügel zusammensetzt, erweist sich die Politik von Hamas als erstaunlich kohärent.

1. Die Theoriebasis für die Erklärung des politischen Handelns von Hamas: Das „Spoiler“-Konzept von Stephen J. Stedman

Als *Spoiler* „[...] sind jene Akteure zu bezeichnen, die einen Friedensprozess unterlaufen, blockieren oder sabotieren, da sie fürchten, bei einem Friedensabkommen entweder etwas zu ‚verlieren‘ oder aber nicht angemessen berücksichtigt zu werden“ (Schneckener 2003, S. 4).

Stedman hat in diesem Zusammenhang eine Einteilung in „total spoilers“, „limited spoilers“ und „greedy spoilers“ vorgeschlagen.³ Gleichzeitig gilt es, zwischen „inside spoilers“, die in einen Friedensprozess integriert sind, und „outside spoilers“, die von dem Prozess ausgeschlossen werden, zu unterscheiden. – „Total spoilers“ würden sich durch Manichäismus und einen „Alles-oder-nichts“-Ansatz auszeichnen. Ihnen gehe es zumeist um die vollständige Machtübernahme; ihre Ziele seien nicht verhandelbar. Sie zeichneten sich durch eine radikale Ideologie und unter Umständen durch einen „Autismus der Gewalt“⁴ aus. – „Limited spoilers“ hingegen hätten eher begrenzte Forderungen, etwa solche nach formaler Anerkennung oder nach Erfüllung bestimmter Ziele. – „Greedy spoilers“ seien zwischen dem „limited“ und dem „total spoiler“ zu verorten. Ihnen gehe es darum, so viel wie möglich zu erreichen. Dementsprechend seien ihre Forderungen von einer Kosten-Nutzen-Kalkulation geleitet.

Je nach Art des „Spoilers“ stünden dem Konfliktmanagement verschiedene Hilfsmittel zur Verfügung, um auf ihn reagieren zu können. Der „limited spoiler“ könne möglicherweise durch eine Strategie der Einbindung/Sozialisation und Erfüllung von Teilen seiner Forderungen von seinem „Spoiler“-Verhalten abgebracht werden. Der „greedy spoiler“ sei mit einer ähnlichen Strategie zu behandeln; gleichzeitig müsse aber sichergestellt werden, dass die Kosten im Falle von Nichtkooperation möglichst hoch ausfallen. Der wohl schwierigste Fall ist der „total spoiler“. Er sei weder durch Erfüllung von Teilforderungen noch durch Sozialisation zu konstruktiver Konfliktlösung zu bewegen. Die zwei Möglichkeiten den „total spoiler“ zu einem Unterlassen seines „Spoiler“-Verhaltens zu zwingen, seien der Einsatz von Gewalt und die so genannte *departing train strategy* (Schneckener 2003, S. 5).

³ Die folgende Darstellung des „Spoiler“-Konzepts basiert auf: Stedman 1997.

⁴ Gewalt, ursprünglich als Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele verwendet, wird zum Selbstzweck: „Ein solcher Autismus wird zumeist durch starke quasi-religiöse, ideologische Vorstellungen, charismatische Führungsfiguren, klare Feindbilder, Einteilungen in ‚Gut‘ und ‚Böse‘, Verschwörungs- und Verfolgungstheorien sowie das Gefühl der eigenen Überwertigkeit gegenüber anderen aufrechterhalten.“ – Zit. nach Schneckener 2003, S. 5.

Diese Strategie kombiniert eine klare Bewertung der Forderungen und des Verhaltens des „Spoilers“ als illegitim mit der glaubhaften Versicherung, dass der Friedensprozess fortgesetzt werde, sei es mit oder ohne ihn. Das Kalkül dabei ist, dass der „Spoiler“ befürchten muss, dass es den anderen Parteien gelingt, den Friedensprozess voranzutreiben und dass seine Interessen in einem Post-Konflikt-Szenario gänzlich unberücksichtigt bleiben könnten.

2. Die Hamas im Oslo-Prozess: Zwischen fundamentalistischer Charta und realpolitischem Pragmatismus

Der Oslo-Prozess ist von Beginn an bewusst so angelegt gewesen, dass Hamas die Rolle eines „outside spoilers“ zukam. Die monatelangen Geheimverhandlungen zwischen der PLO und Israel in Norwegen, die letztlich zu der Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung“ (auch „Oslo I“ bzw. „Gaza-Jericho-Abkommen“ [4.5.1994] genannt) geführt haben, sind wohl auch nicht zuletzt gerade in der Hoffnung geführt worden, die stetig stärker werdende Hamas zu marginalisieren. Das Oslo-Abkommen verweigert Hamas nicht nur eine Repräsentanz im politischen System der Autonomiebehörde, es verschärft auch den Antagonismus zwischen ihr und der PLO, die von nun an damit beauftragt ist, Angriffe auf Israel durch Hamas zu verhindern. Insofern muss das Verhalten von Hamas während des Oslo-Prozesses auch als Versuch betrachtet werden, die Marginalisierung durch die PLO im Kontext des palästinensischen *state-building* zu verhindern.

Analysiert man die Charta von Hamas aus dem Jahre 1988, so scheint diese in die Kategorie des „total spoilers“ zu gehören. Sie verwendet viel Raum auf den Aufbau eines Feindbildes. Das Bild des Zionismus (eine Unterscheidung zwischen „Zionisten“ und „Juden“ wird nicht vorgenommen!) ist stark von Verschwörungstheorien und Antisemitismus geprägt. So wird die „jüdische Verschwörung“ für die Französische Revolution, den Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie für die Gründung der UNO verantwortlich gemacht: „There is no war going on anywhere, without having their finger in it.“ (Hamas-Charta 1988, Art. 22.) – Die Orientierung der Hamas-Ideologie am europäischen Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts wird auch an dem

zustimmenden Verweis auf die „Protokolle der Weisen von Zion“⁵ deutlich (ebd., Art. 32).

Artikel 11 erklärt das palästinensische Territorium zum islamischen *waqf*⁶. Dementsprechend seien kein arabischer Staat und auch nicht die Palästinenser zur Verhandlung über die Abgabe von Teilen dieses Gebiets legitimiert. Dies ist die Grundlage der Ablehnung einer Zwei-Staaten-Lösung und der Ablehnung des Existenzrechts Israels. In Artikel 13 wird in diesem Sinne auch jede Friedensinitiative abgelehnt und auf den *jihad* als einziges Mittel zur Lösung des Problems hingewiesen. Dieser *jihad* zur Befreiung Palästinas sei die individuelle Pflicht eines jeden Muslims (Hamas-Charta 1988, Art. 12, 14 u. 15).

Die Forderung nach Errichtung eines islamischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästinas und die strikte Ablehnung jeder Verhandlungslösung stellt sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene eine kompromisslose Forderung dar. Hinzu kommt: die einseitige Konzentration auf Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung.

Daraus zu schließen, die Hamas sei ein „total spoiler“, ist jedoch voreilig, denn die schon 1988 veröffentlichte Hamas-Charta ist kein umfassendes politisches Programm. Eher ist sie als eine Art Kampfschrift zu verstehen, mit der sich Hamas einerseits, im Umfeld der 1. *intifadah*, als neu gegründete Organisation positionierte und andererseits die Dynamik des Aufstandes weiter anzuheizen suchte.

Betrachtet man nun das konkrete Verhalten von Hamas, so gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass auf die Hamas eher der Typ des „limited spoiler“ zutrifft. Die schrittweise Mäßigung ihrer gesellschaftspolitischen Forderungen nach Errichtung eines islamischen Staates gipfelt in einem eher pluralistisch orientierten Gesellschaftsverständnis.⁷ Die wiederholte Erklärung einer *tahdiya*⁸, das Angebot einer

⁵ „Die Protokolle der Weisen von Zion“ sind ein fiktionales Dokument, das eine jüdische Weltverschwörung beweisen soll. Obwohl nicht eindeutig belegt, wird angenommen, dass der Text Ende des 19. Jahrhunderts in Russland von der zaristischen Geheimpolizei produziert worden ist.

⁶ *Waqf* bezeichnet im islamischen Recht ein öffentliches Gut, das zeitlich unbegrenzt von einer Generation zur nächsten vererbt wird, heute meist in Form einer Stiftung.

⁷ „Political freedoms, multiplicity, freedom to form parties, having a poll voting decide and peaceful alternation of authority are considered the main frame that organizes the Palestinian political work; and a guarantee of reform as well as fighting corruption and establishing a developed civil Palestinian community.“ – Vgl. Hamas Legislative Election Program, 2006, Domestic Policy, No. 3.

⁸ *Tahdiya* beschreibt eine Phase der Beruhigung, also einen kurzfristigen Waffenstillstand.

*hudna*⁹ und allgemein das Ansinnen, sich an den Präferenzen der palästinensischen Bevölkerung zu orientieren, sind Zeichen von Flexibilität und Pragmatismus, die eher kennzeichnend für einen „limited spoiler“ sind.

Die Hamas hat den Oslo-Prozess von Anfang an strikt abgelehnt. Musa Abu Marzuq, das damalige Oberhaupt der externen Führung¹⁰ von Hamas, analysiert in einem internen Hamas-Papier die neue Situation und gibt drei Vorgaben für das zukünftige Verhalten von Hamas: Aufrechterhaltung des *jihad* gegen die Besatzung und Aufrechterhaltung der palästinensischen Einheit bei gleichzeitiger politischer Konfrontation mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (ICG, MER 21, 2004, S. 9).

Ihr Verhalten während dieses Prozesses deutet über weite Teile auf eine gezielte Torpedierung hin. Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten auf israelischem Territorium sind grundsätzlich in besonderem Maße geeignet, um eine Destabilisierung des Nahost-Friedensprozesses zu bewirken. Der enorme psychologische Effekt dieser Strategie versetzt die Hamas in die Lage, mit relativ geringen Mitteln große Teile der israelischen Bevölkerung in ihrer Haltung beeinflussen zu können. Die Wahlen der israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Ariel Sharon (alle beide politische „Hardliner“) beispielsweise wurden jeweils durch Attentate von Hamas im Vorfeld der Wahlen begünstigt (Gunning 2004, S. 241).

Eine genaue Analyse des Verhaltens von Hamas ist jedoch notwendig, da nicht immer deutlich wird, ob ein gezieltes „Spoiler“-Verhalten vorliegt – und ob es der gesamten Organisation oder nur Teilen dieser anzulasten ist.¹¹ Einige prägnante Beispiele für verschiedene Situationen seien im Folgenden kurz angeführt:

Im Jahr 1996, als die militärischen Aktivitäten von Hamas vorübergehend eingestellt wurden, wohl um die palästinensischen Wahlen zu erleichtern, wird Yahya Ayyash (der damalige Führer des militärischen Flügels von Hamas) vom israelischen Militär gezielt getötet. Als Reaktion darauf wird von Hamas eine Welle von Selbstmordattentaten initiiert, denen über 50 Israelis zum Opfer fielen. Der Oslo-Prozess nimmt durch diese

⁹ *Hudna* beschreibt einen langfristigen Waffenstillstand, der sich über Generationen hinweg erstrecken kann. *Tabdiyya* und *hudna* werden oft missverständlich als „Waffenstillstand“ übersetzt.

¹⁰ Als „externe Führung“ wird die Hamas-Führung in der Diaspora bezeichnet. Mit Hauptsitz in Damaskus ist dieser Arm der Organisation vor allem für die Pflege der Beziehungen zu den arabischen Staaten und zum Iran zuständig. Da ein Großteil des Budgets von Hamas aus finanziellen Zuwendungen von Einzelpersonen und Organisationen aus diesen Ländern besteht, hat die externe Führung erhebliche Bedeutung und Einfluss. Ihr derzeitiges Oberhaupt ist Khalid Meshal.

¹¹ Khaled Hroub etwa bestreitet, dass die Hamas den Nahost-Friedensprozess gezielt durch Anschläge konterkariert habe (vgl. Hroub 2004, S. 23).

Eskalation enormen Schaden, insbesondere deshalb, weil dieser Vorfall einen erheblichen Einfluss auf die Wahl Benjamin Netanjahus, einem erklärten Gegner des Nahost-Friedensprozesses, zum israelischen Ministerpräsidenten gehabt hat. Während Netanjahus Amtszeit (1996-1998) ist der Oslo-Prozess *de facto* zum Erliegen gekommen.

Ein weiteres anschauliches Beispiel in diesem Kontext ist die Welle von Anschlägen im August 2003: Die Anschläge, deren Höhepunkt ein Attentat auf einen Bus in Jerusalem mit 23 Toten gewesen ist, beendeten einen erst am 29. Juni 2003 erklärten Waffenstillstand und führten zum Rücktritt der damaligen palästinensischen Regierung unter Abbas.

Insgesamt zeigt sich, dass sich der militärische Flügel von Hamas durch Angriffe schnell zu Vergeltungsmaßnahmen hinreißen lässt, die gelegentlich nicht im Sinne der politischen Führung zu sein scheinen. Diese berechenbare Reaktion wird von den israelischen „Hardlinern“ innerhalb des Militärs offenkundig ausgenutzt (Gunning 2004, S. 242).

3. Das Scheitern des Oslo-Prozesses und dessen Hintergründe

Aus den zuvor genannten Beispielen ergibt sich ein recht komplexes Bild der Macht- und Interessenkonstellationen zwischen Israel, der Palästinensischen Autonomiebehörde und Hamas. Israel betrachtet die Hamas als „total spoiler“ und setzt in diesem Sinne einseitig auf die Vernichtung von Hamas.¹² Dies zeigt sich besonders in der Strategie der gezielten Tötungen, für die Israel einen hohen Preis zahlt. Vor allem die Tötung des als sehr gemäßigt geltenden Ismail Abu Shanabs im Jahr 2003 demonstriert nachhaltig, dass die israelische Führung keine Differenzierung bei Hamas vornimmt und dass eine Mäßigung von Hamas nicht als Option betrachtet wird. Stabschef Moshe Yaalon drückt dies folgendermaßen aus: „[F]rom our perspective all members of the organization are parts of the radical core“ (Yaalon, Moshe, zit. nach ICG, MER 21, 2004, S. 1). Ariel Sharon bemerkte 2003, dass Frieden ohne die Vernichtung von Hamas und anderer „Terrororganisationen“ nicht möglich sei (Gunning 2004, S. 234). Diese Festlegung stellt Israel vor ein enormes Sicherheitsdilemma: Waffenstillstände bergen gemäß dieser Logik die akute Gefahr, dass sich die Hamas in einer Ruhephase neu

¹² Israels Beharren, die Hamas als „total spoiler“ zu betrachten und zu behandeln, wirft die Frage auf, ob Teile der israelischen Führung ebenfalls ein „Spoiler“-Verhalten aufweisen.

formieren und bewaffnen könnte: „[...] any commitment to peace by a (total) spoiler is tactical [...]“ (Stedman 1997, S. 12).

Die Hamas will zum einen den Oslo-Prozess zum Erliegen bringen, zum anderen ist sie vor dem Hintergrund der verstärkten Verfolgung und Bekämpfung durch Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde bestrebt, ihren eigenen Fortbestand zu sichern. Insofern steht auch sie vor einem Sicherheitsdilemma: Durch Selbstmordattentate kann sie einerseits den Oslo-Prozess und die Autonomiebehörde schwächen, andererseits Israel gegenüber demonstrieren, dass sie Repressionen und gezielte Tötungen massiv vergelten kann.

Diese prekäre Situation, in der sich Hamas und Israel befinden, führt zwangsläufig zur Eskalation. Es ist ein klares „pattern of suicide attacks after high-profile Israeli assassinations“ zu erkennen (ICG, MER 21, 2004, S. 18). Hinzu kommt, dass beide Parteien nicht diszipliniert werden. Die Autonomiebehörde ist zu schwach, um die Hamas zu disziplinieren und hat enorme Probleme, ein Vorgehen gegen die Hamas vor der palästinensischen Bevölkerung zu rechtfertigen. Die internationale Staatengemeinschaft wiederum ist offenbar nicht gewillt, diesen Part in Bezug auf Israel zu übernehmen.¹³

In Anbetracht der vorangegangenen Analyse zeigt sich, dass die Architektur der Oslo-Verträge bereits ihr Scheitern vorweggenommen hat. Hinzu kommt die strategische Fehleinschätzung von Hamas durch Israel. Stedman argumentiert plausibel, dass „limited spoiler“ sinnvoller Weise durch eine Strategie der Einbindung und – wenn möglich – graduellen Erfüllung ihrer Forderungen am Friedensprozess beteiligt werden sollten (Stedman 1997, S. 12 ff.).

Innerhalb Hamas findet seit einigen Jahren ein viel versprechender Transformationsprozess statt, der das Streben nach politischer Mitsprache in der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Bereitschaft dazu, pragmatischer und flexibler zu werden, umfasst. Die formale Anerkennung der Autonomiebehörde durch die Hamas und der Beginn ihrer Einbindung in die politische Struktur derselben vollziehen sich in der „Kairoer Erklärung“¹⁴ von 2005.

¹³ Die Bush-Administration bewertet die Hamas ihrerseits als „total spoiler“. So bezeichnet Präsident Bush jun. den Waffenstillstand 2003 als „useless, because Hamas has to be destroyed“. – Zit. Bush, George W., zit. nach ICG, MER 21, 2004, S. 2.

¹⁴ Die am 17. März 2005 unterzeichnete sog. Kairoer Erklärung beinhaltet unter anderem die Integration von Hamas in die PLO – und damit stellt sie eine Kehrtwende im Verhältnis zwischen PLO und Hamas dar.

Der vorangegangene Abschnitt hat gezeigt, dass die Hamas während der Oslo-Periode von Israel und der internationalen Staatengemeinschaft als „total spoiler“ betrachtet wurde. Diese Fehleinschätzung hat eine konstruktive Konfliktbearbeitung weitgehend verhindert. Das taktische Kalkül, die Hamas durch Ausgrenzung und militärische Bekämpfung zu marginalisieren, ist nicht aufgegangen. Dies zeigt sich spätestens mit dem triumphalen Wahlsieg von Hamas im Jahr 2006. Trotzdem ist seither gegenüber Hamas kein strategischer Kurswechsel vorgenommen worden. Die Reaktionen auf den Wahlsieg von Hamas waren wiederum geprägt von der Prämisse, Hamas als „total spoiler“ zu behandeln.

III. Die Reaktionen auf den Wahlsieg von Hamas bei den Parlamentswahlen 2006

Der Sieg von Hamas bei den Parlamentswahlen am 25. Januar 2006 kam auch für den Gewinner selbst überraschend.¹⁵ Der klare Sieg stellte die Bewegung vor eine Reihe neuer Herausforderungen und erstmals vor die Möglichkeit des eigenen politischen Scheiterns. Die Mitglieder des so genannten Nahost-Quartetts (sprich: USA, EU, UNO, Russland) und Israel versuchten umgehend, die Hamas durch Sanktionen zu Zugeständnissen zu bewegen. Die drei Hauptforderungen des Quartetts sind: die Anerkennung Israels, das Festhalten an allen bisherigen Verhandlungsergebnissen und der Gewaltverzicht.

Diese maximalistischen Forderungen, der starke finanzielle Druck sowie die Unterstützung der Fatah, auch durch Ausrüstung und Training der Präsidentengarde (IISS 2007, S. 1), sind die Eckpunkte einer kurzsichtigen Strategie der Destabilisierung. In diesem Verhalten drückt sich die Haltung des Nahost-Quartetts aus, die Hamas ebenfalls als „total spoiler“ anzusehen.¹⁶ – Insgesamt haben die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft auf den Wahlsieg nicht den von ihr gewünschten Effekt erzielt. In

¹⁵ Da die Hamas zwei Drittel der Sitze erlangen konnte, wird oft von einem „erdbebenartigen Sieg“ gesprochen. Dabei wird jedoch übersehen, dass die Mehrheit der Palästinenser – immerhin 56 Prozent – nicht für Hamas gestimmt hat. Dieses Verhältnis zwischen Stimmen und Sitzen erklärt sich aus den Besonderheiten des palästinensischen Wahlsystems (vgl. DRI, 2006).

¹⁶ Die EU nimmt im Gegensatz zu den USA eine etwas moderatere Haltung ein und ist bestrebt, durch die Umleitung der Finanzhilfen die Hamas-Regierung zu umgehen und trotzdem die Hilfe für die Palästinenser aufrechtzuerhalten. Abgesehen davon, dass auf diese Art und Weise nur ein Bruchteil der Gelder in der Bevölkerung ankommt, werden Ansätze zu einer transparenteren Verwendung von öffentlichen Geldern in der Palästinensischen Autonomiebehörde (von der internationalen Staatengemeinschaft wird dies immer wieder eingefordert) dadurch zunichtegemacht.

der Phase bis zur Eskalation der innerpalästinensischen Spannungen im Frühsommer 2007 beginnt die Beliebtheit der Hamas in der Bevölkerung zwar leicht zu sinken, allerdings vor allem als Reaktion auf die Machtkämpfe zwischen Hamas und Fatah. Die Hamas wird jedoch kaum geschwächt und erfüllt keine der drei Forderungen des Nahost-Quartetts in Gänze. Darüber hinaus spielt die desolote wirtschaftliche Lage am ehesten Hamas in die Hände. Da die Bevölkerung sich durchaus bewusst ist, dass die schlechte wirtschaftliche Situation an den finanziellen Sanktionen der Geberländer liegt, wird die Hamas selbst nicht für diesen Zustand verantwortlich gemacht; sie wird somit ihrer Verantwortung zu politischer Reform enthoben. Die Sanktionen verhindern, dass sich die Hamas in der Regierungsverantwortung selbst entzaubern kann.

Sollte die Hamas zu der Einschätzung gelangen, dass ihr der Zugang zu politischer Macht nicht durch demokratische Partizipation möglich ist, wird sie sich sehr wahrscheinlich wieder mehr auf ihre Rolle als Gewaltakteur konzentrieren. Ein Scheitern des demokratischen Experiments von Hamas könnte auch dazu führen, dass der politische Flügel im Verhältnis zum sozialen und militärischen geschwächt und damit der Anreiz zu einem weiteren Transformationsprozess geringer wird. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände in den besetzten Gebieten im Sommer 2007 und die anschließende gewaltsame Machtübernahme von Hamas im Gaza-Streifen bestätigen diesen Trend. Außerdem diskreditiert das Verhalten der USA gegenüber einer durch „vorbildliche demokratische Wahlen“ (Asseburg 2006, S. 4) legitimierten Regierung weiter die – ohnehin oft als Vorwand für machtpolitische Interventionen verdächtige – *Greater Middle East Initiative*¹⁷ (Usher 2006, S. 21).

Gleichzeitig hat sich die politische und humanitäre Lage in den besetzten Gebieten deutlich verschlechtert. Die Autonomiebehörde bezieht etwa die Hälfte ihres Budgets aus finanziellen Zuwendungen Europas und den USA. Da der öffentliche Sektor der größte Arbeitgeber in den besetzten Gebieten ist, wirkt sich der Finanzboykott direkt auf den Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung aus (Mitte 2006 leben bereits zwei Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze). Nicht zuletzt verschlechtert sich auch die Sicherheitslage zunehmend, weil die Sicherheitskräfte nicht regelmäßig entlohnt werden (Knudsen 2006, S. 3).

¹⁷ Die sog. *Greater Middle East Initiative*, vorgelegt auf dem G-8-Gipfel 2004 von den USA, kündigt ein groß angelegtes Programm für den Mittleren Osten mit folgenden Schwerpunkten an: „Promoting Democracy and good governance. Building a knowledge society. Expanding economic opportunities.“ – Vgl. G-8 Greater Middle East Partnership Working Paper, 2004.

Die Strategie, Hamas durch Sanktionen und internationalen Druck zu destabilisieren und von der Macht zu verdrängen, hat sich demnach als kontraproduktiv bis gefährlich erwiesen. Ein differenzierterer Ansatz hätte womöglich dazu beitragen können, die Eskalation der latent vorhandenen Spannungen zwischen Hamas und Fatah zu verhindern. Die Kämpfe zwischen Fatah- und Hamas-Anhängern eskalierten im Juni 2007 mit der gewaltsamen Machtübernahme von Hamas im Gaza-Streifen und führten damit zur *De-facto*-Zweiteilung der besetzten Gebiete.

IV. Nach der Machtübernahme durch Hamas im Gaza-Streifen: Die „West Bank First“-Strategie

Die Hamas ist im Gaza-Streifen mittlerweile seit über einem Jahr an der Macht. Die Gründe, die zur damaligen Machtübernahme geführt haben, sind vielfältig. Es ist offensichtlich, dass das Verhalten des Nahost-Quartetts, Israels und der Fatah einen erheblichen Anteil an der Zuspitzung der Situation gehabt hatte. Die Mitglieder des Nahost-Quartetts und Israel haben durch ihre maximalistischen Forderungen deutlich gemacht, dass für sie eine – auch nur mittelfristige – Anerkennung des Wahlergebnisses der Parlamentswahlen nicht in Betracht kommt. Gleichzeitig haben sie durch den Finanzboykott den Druck auf das gesamte palästinensische politische und institutionelle System erhöht. Die fortschreitende Erosion der palästinensischen Institutionen ist dabei auch ein enormer Rückschritt im palästinensischen *State-Building*-Prozess.

Die Fatah hat deutlich gemacht, dass sie – mit offensichtlicher Billigung besonders von den USA – gewillt ist, eine Hamas-Regierung zu torpedieren. Anhänger der Fatah haben wiederholt Parlamentsgebäude und Hamas-geführte Ministerien attackiert. Die hoch politisierten palästinensischen Sicherheitskräfte weigerten sich, Befehle von Hamas-Vertretern entgegenzunehmen – und die ebenfalls meist Fatah-treuen Staatsbediensteten haben wiederholt umfangreiche Streiks durchgeführt. Hinzu kommt die Aufrüstung der Präsidentengarde von Abbas durch die USA und Israel, die eindeutig den Willen zur militärischen Lösung des Machtkampfes aufgezeigt hat (IISS, Juni 2007). Die Hamas befand sich also vor der Machtübernahme in einem klassischen „Gefangenendilemma“ und stand zudem unter Zeitdruck. Aus der Perspektive der in die Enge getriebenen

Hamas ist dementsprechend der Sprachgebrauch einer präventiven Machtübernahme in Gaza nicht ganz unangebracht (vgl. ebd.).

Trotz des mit der Machtübernahme verbundenen Scheiterns der Ausgrenzungsstrategie gegenüber Hamas haben Israel, das Nahost-Quartett und die Fatah-geführte Autonomiebehörde diese Strategie auch nach der Machtübernahme nicht nur fortgeführt, sondern noch durch eine „West Bank First“-Strategie neu aufgelegt. Während die von der Fatah – ohne demokratische Legitimation – beherrschte *West Bank* umgehend in den Genuss der zurückgehaltenen Steuern¹⁸, großzügiger finanzieller Hilfen und freundlicher diplomatischer Gesten kommt, wird der Gaza-Streifen isoliert.

Die Mitglieder des Nahost-Quartetts bewirken indes eine starke Einschränkung der für den Gaza-Streifen bestimmten Entwicklungshilfe¹⁹ und stellen ihre *Monitoring*-Missionen ein. Israel schränkt seinerseits die Freizügigkeit von Personen und Waren zwischen dem Gaza-Streifen und dem eigenen Land schrittweise ein – auch in Reaktion auf den massiven Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen.²⁰ In Bezug auf die mittlerweile umfassende Blockade des Gaza-Streifens spricht der US-amerikanische Politikwissenschaftler Nathan J. Brown zu Recht vom Gaza-Streifen als einem einzigen großen Gefangenenlager (Brown 2008, S. 4).

Die Ergebnisse der Blockadestrategie sind vielfältig und treffen vor allem die Zivilbevölkerung. Die Wirtschaft im Gaza-Streifen liegt weitgehend brach. Die etwa 100.000 Palästinenser, die vor der Blockade in Israel gearbeitet hatten, können ihre Arbeitsplätze nun nicht mehr erreichen. Importe und Exporte nach und von Israel und Ägypten sind nur noch marginal. Damit wird vor allem den palästinensischen Händlern geschadet, einer Schicht, die einen eher gemäßigten Einfluss ausübt. Mittlerweile sind etwa 80 Prozent der Familien im Gaza-Streifen von humanitärer Hilfe abhängig;²¹ damit ist diese Strategie an ihre Grenzen gestoßen. Eine weitere Verstärkung des Boykotts würde Hungersnöte und Epidemien in Kauf nehmen und ist damit politisch nicht realisierbar. Es zeigt sich aber deutlich, dass die Strategie nicht aufgegangen ist. Im

¹⁸ Israel treibt gemäß des Pariser Abkommens vom 29. April 1994 die Steuern und Zölle für die besetzten Gebiete ein. Nach dem Hamas-Wahlsieg im Jahr 2006 werden diese über einen Zeitraum von 15 Monaten einbehalten. Nach der Machtübernahme durch Hamas im Gaza-Streifen werden die Gelder an die Autonomiebehörde im Westjordanland ausgezahlt.

¹⁹ Insgesamt werden bis Dezember 2007 Entwicklungshilfeprojekte (vor allem Wohnungsbau und Infrastrukturprojekte) im Wert von etwa 230 Millionen US-Dollar ausgesetzt (ICG, MER 73, 2008, S. 4).

²⁰ Zwischen dem 1. Januar und dem 30. November 2007 werden aus dem Gaza-Streifen 1.204 *Qassam*-Raketen auf Israel abgefeuert. Dabei werden zwei Israelis getötet und 96 verletzt (vgl. OCHA Special Focus, 2007).

²¹ Ein detaillierter Überblick über die humanitären und ökonomischen Folgen der Blockade findet sich in OCHA Special Focus, 2007.

Westjordanland hat die „West Bank First“-Strategie der Bevölkerung und der Autonomiebehörde bisher nur kurzfristige Erleichterung gebracht, aber keinen nachhaltigen Entwicklungsprozess eingeleitet. An der ökonomischen Grundlage dieser Strategie gibt es berechtigte Zweifel (Samhoury 2007).

Im Gaza-Streifen zeichnet sich kein Volksaufstand gegen die Hamas-Herrschaft ab; stattdessen hat die Isolation des Gaza-Streifens durch Israel, das Nahost-Quartett und auch durch die Autonomiebehörde der Hamas völlig freie Hand gelassen. Diese hat den entstandenen Freiraum in ihrem Sinne genutzt und ihre organisatorischen Strukturen mit den Rudimenten der palästinensischen Selbstverwaltung verbunden. Die *Qassam*-Brigaden sind von einer Untergrundgruppe zu einer uniformierten Quasiarmerie avanciert, die ESF²² ist ausgebaut und ihre Struktur gestrafft worden. Auch wenn einige Hamas-ferne Personen in die Sicherheitskräfte aufgenommen worden sind, müssen diese – entgegen der Beteuerung von Offiziellen der Hamas wie Said Siam²³ – als Hamas-treu gelten (ICG, MER 73, 2008, S. 9). Dies stellt eine erhebliche Hürde in einem palästinensischen Wiedervereinigungsszenario dar. Die Hamas hat zudem erheblich in den Aufbau eines eigenen Mediensystems investiert. Neben verschiedenen Websites, Zeitungen und Radiostationen ist auch ein Satellitenkanal (*Siraj al-Aqsa*) auf Sendung gegangen.

Die Bilanz der Reaktion von Nahost-Quartett und Israel auf die Machtübernahme von Hamas im Gaza-Streifen fällt negativ aus. Die Isolationspolitik spiegelt die Einordnung von Hamas als „total spoiler“ wider und kann deshalb auch weiterhin nicht erfolgreich sein.

V. Fazit und Ausblick sowie Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Hamas

Die Alternative zu einer einseitigen Isolationsstrategie stellt eine schrittweise Integration von Hamas in das politische System der Autonomiebehörde sowie ihre absehbare Anerkennung dar. Die zentrale Frage dabei lautet, ob die Chance besteht, dass die Hamas in Zukunft eine Transformation hin zu einer zivilen politischen Partei vollziehen kann. Zunächst einmal sei darauf hingewiesen, dass die Hamas bereits

²² Seit April 2006 baut Hamas die so genannte *Executive Support Force* (ESF) als Teil der Sicherheitsinfrastruktur der Autonomiebehörde auf, um ein Gegengewicht zu den zum großen Teil Fatah-treuen Sicherheitskräften zu schaffen.

²³ Said Siam war bis März 2007 Innenminister der palästinensischen Regierung.

mehrfach demonstriert hat, dass sie ein rationaler Akteur mit der Fähigkeit zu Pragmatismus und Flexibilität ist (Malka 2005, S. 40, sowie Gunning 2004, S. 247). Ferner hat die Hamas schon häufig ein Interesse daran gezeigt, ihr Handeln an der Meinung der Bevölkerung auszurichten (ICG, MER 21, 2004, S. 17). Dies sind die grundlegenden Voraussetzungen für einen potenziellen Transformationsprozess.

Ein weiterer Faktor, der eine positive Grundlage für eine mögliche Transformation von Hamas darstellt, sind die Gründe für ihre Popularität. Während die Zustimmungsrate zur Haltung von Hamas gegenüber Israel mit den politischen Umständen schwankt, begründet sich ihre anhaltende Popularität in ihren sozialen Netzwerken und ihrem guten Leumund. Die Hamas zieht ihre Legitimität demnach nicht in erster Linie aus ihrer Haltung gegenüber Israel, sondern stattdessen „[...] from other aspects of Hamas’s reputation: consultative leadership, financial integrity, concern for social justice“ (Gunning 2007, S. 248). Insofern würde die Wandlung zu einer zivilen politischen Partei die Hamas nicht ihrer Unterstützerbasis berauben.

Darüber hinaus argumentiert der britische Nahost-Experte Jeroen Gunning, dass die Hamas bereits einmal zuvor eine ihrer ehemaligen Kernforderungen, nämlich die nach der Errichtung eines islamischen Staates, stark abgeschwächt hatte, um so die Zahl der Unterstützer vergrößern zu können (Gunning 2007, S. 248). Im Übrigen hat sie in den letzten Jahren schon des Öfteren erhebliche Zugeständnisse gemacht. Der palästinensische Politologe und Politiker Ziad Abu-Amr fasst diese wie folgt zusammen: „ Hamas has made a lot of concessions in a short time. They have accepted a state within the 1967 boundaries, Arab and international legitimacy [i.e. the collective corpus of resolutions issued by the UN and Arab League organisations], UN General Assembly Resolution 194, the PLO as the sole legitimate representative of the Palestinian people, and committed to honour existing agreements.“ (Abu Amr, zit. nach ICG, MER 62, 2007, S. 31.) Zudem haben einige Hamas-Führer bereits mehrfach in der Vergangenheit auf die Option eines langfristigen Waffenstillstandes (*hudna*) hingewiesen.

Die potenzielle Flexibilität einer Protestbewegung hat jedoch ihre Grenzen. Die Forderungen des Nahost-Quartetts und Israels nach formaler Anerkennung Israels und der Entsagung von Gewalt sind für die Hamas momentan nicht erfüllbar. Im Übrigen sind derartige Maximalforderungen strategisch wenig sinnvoll. Ein zu schneller

Transformationsprozess birgt die Gefahr der Abspaltung militanter Gruppen – eine für alle Beteiligten ungünstige Entwicklung.

Vor dem Hintergrund der Bereitschaft der Hamas, sich am Willen der Bevölkerung zu orientieren, zeigt eine Umfrage unter den Palästinensern, wie ungeeignet die Forderung nach einer sofortigen Anerkennung Israels ist. 59 Prozent der Befragten sind gegen eine Anerkennung Israels, um den Forderungen der internationalen Geber nachzugeben. Gleichzeitig sind jedoch 75 Prozent der Meinung, Hamas solle in Friedensverhandlungen mit Israel eintreten, und 66 Prozent der Befragten unterstützen eine Anerkennung Israels auf Basis gegenseitiger Anerkennung im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung (PSR, 2006, S. 2 f.). Die Anerkennung Israels durch die Hamas sollte demnach Ergebnis von Verhandlungen sein und nicht etwa deren Voraussetzung.

Eine Hamas, die sich einbinden ließe und in der Lage wäre, ihren militärischen Flügel zu disziplinieren, wäre für eine zukünftige Neuauflage eines multilateralen Friedensprozesses von großem Wert. Die Integration von Hamas würde vermeiden helfen, den entscheidenden Fehler der Oslo-Abkommen, sprich seine mangelnde Repräsentativität, zu wiederholen. Nur ein repräsentativer Friedensprozess hat letztlich Aussicht auf Erfolg. Mit großer Wahrscheinlichkeit gäbe es in solch einem Friedensprozess auch „Spoiler“, insbesondere Gruppen, die sich im Zuge der weiteren Transformation von Hamas von ihr abspalten würden. Denkbar wäre auch, dass der Islamische Jihad²⁴ eine größere Rolle spielen könnte. Wenn sich diese Abspaltungen jedoch auf Splittergruppen beschränkten, wäre es durchaus vorstellbar, dass sie unter Kontrolle gehalten werden könnten.

Selbstverständlich ist eine Mäßigung von Hamas in der Regierungsverantwortung kein Automatismus. Eine solche hängt von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren ab, etwa inwiefern es den „Hardlinern“ aus beiden Lagern gelingt, einen derartigen Prozess durch Provokationen zum Scheitern zu bringen, wie sich die wirtschaftliche Lage in den Palästinensergebieten fortentwickelt und ob endlich realistische Lösungen für die Kernprobleme einer Zwei-Staaten-Lösung²⁵ gefunden werden können. Fest steht

²⁴ Die Organisation „Islamischer Jihad“ ist eine palästinensische Terrororganisation. Im Gegensatz zur Hamas ist sie weniger stark in der palästinensischen Bevölkerung verankert und hat keine Massenbasis; trotzdem ist sie ein wesentlicher Gewaltakteur im israelisch-palästinensischen Konflikt.

²⁵ Zu den kontroversen Themen zählen Fragen, wie z. B. mit den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, den palästinensischen Flüchtlingen und mit Jerusalem verfahren werden soll.

allerdings, dass dieses Experiment gewagt werden muss, sollte eine Neuauflage des Nahost-Friedensprozesses von allen Beteiligten ernsthaft erwünscht sein.

Die internationale Staatengemeinschaft muss ihrerseits versuchen, Hamas realistische Anreize anzubieten, damit die palästinensische Organisation ihre Transformation konsequent fortsetzt. Gleichzeitig müssten die Kosten, diese zu beenden oder gar rückgängig zu machen, möglichst hoch gehalten werden. Im Mittelpunkt einer solchen Politik sollte die schrittweise Einbindung von Hamas durch Verhandlungen und die Aussöhnung von Fatah und Hamas sowie eine absehbare Anerkennung einer Einheitsregierung aus beiden Parteien bis zu den regulären Wahlterminen in den Jahren 2009 (Präsidentenwahlen) und 2010 (Parlamentenwahlen) stehen. Die Verhandlungen mit dem Argument abzulehnen, die Hamas sei eine terroristische Vereinigung, die zahlreiche Anschläge auf Zivilisten und Militärs zu verantworten habe, ist heuchlerisch.²⁶ Trotz der Schwierigkeiten angesichts der verfahrenen Situation und der sich scheinbar unbegrenzt weiterdrehenden Gewaltspirale ist dies jedoch einer der realistischeren Lösungsansätze. Die von Ariel Sharon erdachte und von seinem Nachfolger Ehud Olmert weniger nachdrücklich fortgesetzte Strategie des Unilateralismus²⁷ hat kaum Aussicht auf Erfolg, da letztlich nur ein starker palästinensischer Staat das Sicherheitsdilemma Israels lösen können.

Die Hamas kann als Ausdruck einer allgemeinen palästinensischen Militanz in Reaktion auf die israelische Besatzung verstanden werden. Vor Hamas kanalisierte sich diese Militanz in der Fatah; nach Hamas wird sich eine neue Organisation finden, um diese zu kanalisieren. Khaled Hroub merkt dazu richtigerweise an: „Destroying Hamas as an organization is not impossible, but destroying Hamas as a manifestation of the Palestinian will to resist is.“ (Hroub 2004, S. 36.) Insofern wird Israel nicht um die Verhandlung mit „Hardlinern“ herumkommen, wenn es einen dauerhaften Frieden anstrebt. Eine zu schnelle Einbindung von Hamas wäre jedoch nicht sinnvoll, da dies wichtige Anreize zu weiterer Transformation zerstören könnte. Daher sollte eine Einbindung von Hamas sinnvoller Weise ein mittel- bis langfristiger Prozess sein, der sich an einer Reihe von Benchmarks orientiert. Diese könnten etwa die Schaffung einer

²⁶ Die USA und Europa haben mit Oppositionsgruppen verhandelt und diese in spätere Regierungen integriert, die hunderttausende Todesopfer zu verantworten haben. Etwa Charles Taylor in Liberia, die Kagame-Regierung in Ruanda und die Kabila-Regierung im Kongo (vgl. Dayton, 2006).

²⁷ Die Räumung der israelischen Siedlungen und der einseitige Abzug der israelischen Armee im Jahr 2005 sowie der Bau der Sperranlage um das Westjordanland sind Eckpunkte dieser Strategie.

funktionstüchtigen Einheitsregierung, die Verhandlung einer *hudna*, die Integration der *Qassam*-Brigaden und der ESF in die regulären Sicherheitskräfte, der Verzicht auf Aufrufe zur Gewalt gegen Israel sowie die Freilassung des israelischen Soldaten Shalit²⁸ sein.

Der Friedensprozess im Nahen Osten befindet sich derzeit in einer äußerst verfahrenen, aber keineswegs aussichtslosen Lage. Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass kurzfristige Isolationsstrategien nicht tragen und dass der Umgang mit Hamas grundsätzlich neu überdacht werden muss. Die Hamas ist sinnvoller Weise als „limited spoiler“ einzuordnen. Dementsprechend sollte der Versuch unternommen werden, sie über einen sukzessiven Integrationsprozess in einen Friedensprozess einzubinden und ihr eine echte politische Perspektive in einer Post-Konflikt-Ordnung in Aussicht zu stellen.

²⁸ Der israelische *Corporal* Gilat Shalit ist bei einem Überfall auf einen israelischen Militärposten im südlichen Gaza-Streifen am 26. Juni 2006 entführt worden und seit jenem Zeitpunkt Gefangener von Hamas.

Literaturverzeichnis

- Asseburg, Muriel, Nach den palästinensischen Parlamentswahlen. Wie mit Hamas umgehen?, SWP-Aktuell 8, Februar 2006, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2768.
- Brown, Nathan J., The Road Out of Gaza, Policy Outlook No. 39, Carnegie Endowment for International Peace, February 2008, http://www.carnegieendowment.org/files/brown_gaza_final.pdf.
- Elshobaki, Amr/Hroub, Khaled/Pioppi, Daniela/Tocci, Nathalie, Domestic Change and Conflict in the Mediterranean: The Cases of Hamas and Hezbollah, EuroMesco Paper 65, January 2008, <http://www.euromesco.net/images/65eng.pdf>.
- Cairo Declaration, 2005, <http://www.imra.org.il/story.php3?id=24576>.
- Covenant of the Islamic Resistance Movement (Hamas Covenant 1988), August 1988, <http://www.yale.edu/lawweb/avalon/mideast/hamas.htm>.
- Croitoru, Joseph, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007.
- Dayton, Maria, Should the Hamas dominated Palestinian government Be Recognized and Engaged by the West?, Civil Society, May 06 Newsletter, <http://www.eicds.org/english/publications/civilsociety/06/may/hamas.htm>.
- Democracy Reporting International (DRI), Hamas' Victory: A Landslide in Seats, not in Votes, Post-Election Briefing N° 1, February 2006.
- G-8 Greater Middle East Partnership Working Paper, February 2004, <http://www.meib.org/documentfile/040213.htm>.
- Gunning, Jeroen, Peace With Hamas? The Transforming Potential of Political Participation. In: International Affairs, Vol. 80, No. 2, March 2004, pp. 233-255.
- Hamas Legislative Election Program, 2006.
- Hroub, Khaled, Hamas After Shaykh Yasin and Rantisi. In: Journal of Palestine Studies, Vol. 33, No. 4, Summer 2004, pp. 21-38.
- International Crisis Group (ICG), After Mecca: Engaging Hamas, Middle East Report N° 62, 28 February 2007, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4677>.

- International Crisis Group (ICG), After Gaza, Middle East Report N° 68, 2 August 2007, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4975>.
- International Crisis Group (ICG), Dealing With Hamas, Middle East Report N° 21, 26 January 2004, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?l=1&id=2488>.
- International Crisis Group (ICG), Ruling Palestine I: Gaza Under Hamas, Middle East Report N° 73, 19 March 2008, http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east___north_africa/arab_israeli_conflict/73_ruling_palestine_gaza_under_hamas.pdf.
- International Crisis Group (ICG), Ruling Palestine II: The West Bank Model?, Middle East Report N° 79, 17 July 2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5574&l=1>.
- International Institute for Strategic Studies (IISS), Hamas coup in Gaza: Fundamental shift in Palestinian politics, Strategic Comments, Volume 13, Issue 5, June 2007, <http://www.iiss.org/publications/strategic-comments/past-issues/volume-13---2007/volume-13--issue-5--june-2007/hamas-coup-in-gaza/>.
- Knudsen, Are J./Ezbidi, Basem, Hamas and the Quest for Palestinian Statehood, CMI Working Paper, WP 2006: 14, <http://www.cmi.no/publications/file/?2381=hamas-and-the-quest-for-palestinian-statehood>.
- Künzler, Jan, Islamisten – Terroristen oder Reformer? Die ägyptische Muslimbruderschaft und die palästinensische Hamas, Marburg 2008.
- Malka, Haim, Forcing Choices: Testing the Transformation of Hamas. In: The Washington Quarterly, Vol. 28, No. 4, Autumn 2005, pp. 37-54, http://www.twq.com/05autumn/docs/05autumn_malka.pdf.
- Oxfam et al., The Gaza Strip: A Humanitarian Implosion, (Joint Agency Report), March 2008.
- Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR), Palestinian Public Opinion Poll No. 19, 16-18 March 2006.
- Perthes, Volker, Mit Hamas reden, Interview mit Prof. Dr. Volker Perthes (SWP Berlin), in: ZEIT online v. 21.06.2007, <http://www.zeit.de/online/2007/25/gaza-interview?page=all>.
- Schneekener, Ulrich, Warum manche den Frieden nicht wollen. Eine Soziologie der „Störenfriede“, Diskussionspapier der FG 8, 2003/01, Februar 2003, SWP Berlin, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=310.
- Signoles, Aude, Le Hamas au pouvoir: Et après?, Éditions Milan, Milan Actu, 2006.

- Stedman, Stephen John, Spoiler Problems in Peace Processes. In: International Security, Vol. 22, No. 2 (Fall 1997), pp. 5-53.
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA Special Focus, The Closure of the Gaza Strip: The Economic and Humanitarian Consequences, December 2007,
http://www.caremiddleeast.org/Linked%20pdf%20documents/Gaza_Special_Focus_December_2007.pdf.
- Usher, Graham, The Democratic Resistance: Hamas, Fatah, and the Palestinian Elections. In: Journal of Palestine Studies, Vol. 35, No. 3, Spring 2006, pp. 20-36.